

Der US-Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Sahra Wagenknecht, die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Bundestag, kritisieren die untauglichen Euro-Rettungsversuche mit sehr ähnlichen Argumenten.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 236/11 – 14.12.11**

Was könnte den Euro retten?

**Nur durch Wachstum, nicht durch Straf- und Moralpredigten
ist der Euro zu retten, sagt ein Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger**

Von Joseph E. Stiglitz

ALJAZEERA, 08.12.11

(<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/12/2011126102546181929.html>)

New York – Gerade als es so schien, als könnte es nicht noch schlimmer kommen, ist genau das passiert. Jetzt müssen sogar einige der (für die Misere) "verantwortlichen" Mitglieder der Euro-Zone höhere Zinssätze hinnehmen (wenn sie sich Geld leihen wollen). Wirtschaftswissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantiks diskutieren jetzt nicht mehr darüber, ob der Euro überleben wird, sie sind sich nur noch nicht einig, was zu tun ist, damit sein Untergang möglichst geringe Turbulenzen verursacht.

Es wird immer deutlicher, dass die führenden Politiker Europas – trotz ihrer verzweifelten Bemühungen, den Euro zu retten – nicht wissen, was sie tun müssen, damit ihre Einheitswährung überlebt. Bei der Einführung des Euro herrschte die Ansicht vor, zu seiner Erhaltung sei nur strikte Haushaltsdisziplin notwendig – das Haushaltsdefizit und die Verschuldung aller beteiligten Länder dürften im Vergleich mit ihrem Bruttoinlandsprodukt nicht zu groß werden. Vor der (Finanz-)Krise hatten Irland und Spanien Haushaltsüberschüsse und geringe Schulden, die sich dann aber schnell in große Defizite und hohe Schulden verwandelten. Jetzt meinen die führenden europäischen Politiker, die (durch die Krise entstandenen) Haushaltsdefizite der Mitgliedsländer der Euro-Zone künftig besser unter Kontrolle halten zu müssen.

In diesem Zusammenhang ist es doch seltsam, dass die USA trotz andauernder Krise und trotz eines seit Jahren ständig steigenden Leistungsbilanzdefizits von globalen Kapitalanlegern als sicherer Hafen für ihre Investitionen angesehen werden. Wie will die Europäische Union eigentlich zwischen "guten" Leistungsbilanzdefiziten, die entstehen, wenn eine Regierung ein gutes Investitionsklima schafft und damit viele Investitionen aus dem Ausland anlockt, und "schlechten" Leistungsbilanzdefiziten unterscheiden? Die Verhinderung schlechter Leistungsbilanzdefizite erfordert ein viel stärkeres Eingreifen in den privaten Sektor, als es die neoliberale Doktrin für einen einheitlichen Markt erlaubt, die bei der Einführung des Euro Pate stand.

In Spanien floss zum Beispiel viel zu viel Geld privater Banken in den privaten (Bau-)Sektor. Hätte die spanische Regierung wegen dieses unvernünftig hohen Geldzustroms deshalb die öffentlichen Investitionen kürzen sollen? Muss die Regierung also künftig entscheiden, ob die zufließenden Kapitalströme gut oder schlecht sind – wie zum Beispiel bei dem Bauboom – und die schlechten dann besteuern oder auf andere Art zügeln? Ich hielte das für richtig, aber für die Verfechter des freien EU-Marktes muss das doch ein Gräuel sein.

Die Suche nach einer klaren, einfachen Antwort (auf die Euro-Krise) ruft die Diskussionen

in Erinnerung, die nach anderen Finanzkrisen auf der ganzen Welt geführt wurden. Nach jeder Krise gab es eine Erklärung, die sich bei den nächsten Krisen als falsch oder zumindest als unvollständig erwies. So sollte die Krise in Lateinamerika in den 1980er Jahren durch übermäßige Kreditaufnahme verursacht worden sein (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Lateinamerikanische_Schuldenkrise); damit war aber nicht die Krise zu erklären, in die 1994 Mexiko geriet (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Tequila-Krise>); sie wurde damals einem zu geringen Sparwillen zugeschrieben.

Dann kam Ostasien an die Reihe, das durch hohe Sparquoten glänzte; deshalb wurde diese Krise dem "Missmanagement der Regierungen" angelastet (Infos dazu unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Asienkrise>). Das machte aber wenig Sinn, weil die skandinavischen Staaten, deren Regierungen die transparentesten der Welt sind, schon einige Jahre vorher in eine Krise geraten waren (s. <http://www.n-tv.de/wirtschaft/meldungen/Skandinavien-in-der-Krise-article57617.html>).

Es gibt interessanterweise einen roten Faden, der sich durch sämtliche Krisen – auch durch die Finanzkrise von 2008 – zieht: Sie wurden immer von Finanzinstituten verursacht, die in Schieflage geraten waren, weil die sie Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und die Risiken ihrer Transaktionen falsch eingeschätzt hatten.

Die jetzige Krise hätte sich auch ohne den Euro entwickelt. Der Euro hat es für die einzelnen Regierungen aber schwieriger gemacht, darauf zu reagieren. Ihr Problem besteht nicht nur darin, dass ihnen der Euro zwei wichtige Werkzeuge weggenommen hat, mit denen sie hätten eingreifen können – den (variablen) Zinssatz und den (schwankenden) Wechselkurs (für ihre jeweilige Währung) – sondern ihnen auch keine neuen Eingriffsmöglichkeiten verschafft hat; außerdem soll die Europäische Zentralbank vor allem die Inflation begrenzen, obwohl Arbeitslosigkeit, Wachstum und stabile Finanzen heute die größeren Probleme sind. Ohne gemeinsame Steuergesetze entwickelten sich auf dem einheitlichen (EU-)Markt konkurrierende Steuersysteme, die ein zwischen allen EU-Staaten ausgeprägtes Wettrennen um die günstigsten Investitionsbedingungen auslösten und die Produktion von Gütern ankurbelten, die in der ganzen EU verkauft werden konnten.

Außerdem bedeutet die freie Wahl des Arbeitsplatzes, dass Personen jetzt entscheiden können, ob sie (in ihrem Heimatland bleiben und) die Schulden ihrer Eltern bezahlen wollen: Junge Iren können der Rückzahlung der Schulden, die durch die von ihrer Regierung finanzierte unsinnige Entschuldung der (irischen) Banken aufgelaufen sind, dadurch entkommen, dass sie einfach ihr Land verlassen. Eigentlich ist die Möglichkeit zur Auswanderung gut, weil Arbeitssuchende dadurch die Möglichkeit haben, dort zu arbeiten, wo sie am besten bezahlt werden. Aber diese Art der Auswanderung untergräbt natürlich auch die Produktivität der betreffenden Länder.

Wanderungsbewegungen gehören natürlich zu dem Anpassungsmechanismus, der es den USA ermöglicht, ein einheitlicher Markt mit einer einheitlichen Währung zu sein. Dabei ist noch wichtiger, dass die US-Regierung den US-Bundesstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit durch Ausgleichszahlungen zusätzliche Einnahmen verschafft, also genau die "Transfer-Union" praktiziert, die viele Deutsche so strikt ablehnen.

Die USA lassen aber auch die Entvölkerung ganzer Bundesstaaten zu, die nicht konkurrieren können. [Einige haben schon darauf hingewiesen, dass die US-Konzerne die Senatoren solcher Staaten deshalb billiger kaufen können.] Sind europäische Staaten mit rückläufiger Produktion denn auch dazu bereit, ihre langsame Entvölkerung hinzunehmen? Oder ziehen sie eine "interne Abwertung" vor (s. <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae69d6d0aa8001.php>), einen Prozess, der schon unter dem Goldstandard gescheitert ist und auch beim Euro scheitern wird.

Selbst wenn die nördlichen Euro-Länder damit Recht hätten, dass der Euro zu retten wäre, wenn sich die anderen disziplinierter verhalten würden – ich glaube das nicht – spielen sie moralisch falsch. Sie machen es sich zu einfach, wenn sie ihren südlichen Nachbarn ihre fiskalische Liederlichkeit vorwerfen, oder Spanien und Irland dafür verantwortlich machen, freien Märkten freie Hand gelassen zu lassen, ohne zu sehen, wohin das führen würde. Damit lassen sich die heutigen Probleme nicht lösen: Die riesigen Schulden, gleichgültig, ob sie das Ergebnis privater oder öffentlichen Fehlkalkulationen sind, müssen innerhalb des Euro-Raumes bewältigt werden.

Durch heute vorgenommene Einschränkungen im öffentlichen Sektor lassen sich die durch frühere Nachlässigkeit aufgehäuften Probleme nicht lösen; sie stoßen die Wirtschaft der betroffenen Länder nur noch tiefer in die Rezession. Die führenden Politiker Europas wissen das, und sie wissen auch, dass vor allem Wachstum notwendig ist. Aber anstatt sich mit heutigen Problemen zu befassen und nach einer Lösung zu suchen, die zu mehr Wachstum führt, ziehen sie es vor, Moralpredigten darüber zu halten, was frühere Regierungen falsch gemacht haben. Das mag die Prediger befriedigen, damit lassen sich aber weder die Probleme Europas lösen, noch der Euro retten.

Joseph E. Stiglitz ist ordentlicher Professor an der Columbia University, Nobelpreisträger für Wirtschaft und der Autor des Buches "Freefall: Free Markets and the Sinking of the Global Economy" (Im freien Fall: Freie Märkte und der Absturz der Weltwirtschaft).



10.12.2011

Merkels Geisterfahrt

Gastkommentar: Krisenpolitik der Kanzlerin

Von Sahra Wagenknecht

(s. <http://www.jungewelt.de/2011/12-10/028.php>)

Die deutsche Regierung hat sich durchgesetzt: Schuldenbremsen, Sparkommissare, automatische Sanktionen für sogenannte »Defizitsünder« – diese Politik soll jetzt in Stein gemeißelt, in Verfassungen und EU-Verträgen verankert werden. Statt zu überlegen, wie man die Euro-Staaten aus dem Würgegriff der Finanzmafia befreien kann, setzt Merkel weiterhin auf die »disziplinierende Wirkung« der Finanzmärkte, an die sich eine »marktkonforme Demokratie« anzupassen habe. Eine verhängnisvolle Realitätsverweigerung in einer Situation, in der selbst Italien auf einen Bankrott zusteuert, die Bankenkrise sich erneut zuspitzt und die Euro-Zone am Konflikt über die Verteilung der Krisenkosten zu zerreißen droht.

Wenn Merkel ihre Geisterfahrt nicht bald beendet, kommt es in Europa zum großen Crash. Wer den Krisenländern brutale Kürzungsprogramme diktiert, führt diese aus der Krise nicht heraus, sondern immer tiefer in sie hinein – diese Lektion sollte eine deutsche Kanzlerin 80 Jahre nach Brüning eigentlich gelernt haben. Doch Amnesie scheint ein Grundprinzip deutscher Politik zu sein. Wie sonst ist zu erklären, daß über Defizitsünder und Schuldenbremsen schwadroniert wird, während die horrenden Kosten der Bankenrettung, die den drastischen Anstieg der Schuldenquote verursacht haben, mit keinem Wort mehr erwähnt werden?

Es ist doch zynisch: Die gleiche Zockerbande, die die Staaten erst in die ganze Verschul-

ding hineingetrieben hat, diktiert den Staaten jetzt die Bedingungen, zu denen diese neue Kredite erhalten. Das ist, als würde ein Einbrecher mein Haus leerräumen und ich würde ihn anschließend um einen Kredit bitten, damit ich mich neu einrichten kann – wobei ich dem Einbrecher auch noch erlaube, die Zinssätze und Konditionen jederzeit neu festzusetzen. Dieses absurde System der Staatsfinanzierung muß geändert werden. Zum Beispiel, indem eine öffentliche Bank bzw. die Europäische Zentralbank an alle Euro-Staaten zinsgünstige Kredite ausreicht. Vom Diktat der Investmentbanker und Ratingagenturen befreit, könnte man auch einen Schuldenschnitt durchführen, ohne daß eine unkontrollierbare Kettenreaktion einsetzt.

Zwar würden viele Banken und Versicherungen einen Schuldenschnitt aus eigener Kraft nicht überleben. Dies bietet aber auch eine Chance: Der gesamte Finanzsektor könnte in öffentliche Hand überführt, geschrumpft und vernünftig reguliert werden. Das Geld für eine Rekapitalisierung des Finanzsektors ließe sich durch eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche beschaffen. Dort dürfte auch nach einem Schuldenschnitt noch genug zu holen sein: Allein in Deutschland verfügen etwa 830000 Millionäre über ein Finanzvermögen von mindestens 2,2 Billionen Euro – mehr als Bund, Länder und Gemeinden zusammen an Schulden haben. Statt zu dulden, daß der Sozialstaat brutal zerstört und die Demokratie Schritt für Schritt ausgehebelt wird müssen wir in Deutschland und Europa darum kämpfen, daß diese Profiteure zur Kasse gebeten werden.

Sahra Wagenknecht ist Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag.

(Wir haben den Stiglitz-Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und einer Hervorhebung versehen. Die Einfügung in eckigen Klammern stammt vom Autor selbst. Der Kommentar der Frau Wagenknecht wurde unverändert aus der Jungen Welt übernommen. Die Ähnlichkeit der Argumente ist verblüffend, die klarere Sprache des Wagenknecht-Kommentars sehr erhellend. Anschließend drucken wir den Originaltext des Stiglitz-Artikels ab.



What can save the euro?

Growth is needed in order to save the euro, not sermons and homilies, says Nobel Prize-winning economist.

Joseph E Stiglitz

08 Dec 2011

New York – Just when it seemed that things couldn't get worse, it appears that they have. Even some of the ostensibly "responsible" members of the eurozone are facing higher interest rates. Economists on both sides of the Atlantic are now discussing not just whether the euro will survive, but how to ensure that its demise causes the least turmoil possible.

It is increasingly evident that Europe's political leaders, for all their commitment to the euro's survival, do not have a good grasp of what is required to make the single currency work. The prevailing view when the euro was established was that all that was required was fiscal discipline - no country's fiscal deficit or public debt, relative to GDP, should be too large. But Ireland and Spain had budget surpluses and low debt before the crisis,

which quickly turned into large deficits and high debt. So now, European leaders say that it is the current-account deficits of the eurozone's member countries that must be kept in check.

In that case, it seems curious that, as the crisis continues, the safe haven for global investors is the United States, which has had an enormous current-account deficit for years. So, how will the European Union distinguish between "good" current-account deficits - a government creates a favourable business climate, generating inflows of foreign direct investment - and "bad" current-account deficits? Preventing bad current-account deficits would require far greater intervention in the private sector than the neoliberal and single-market doctrines that were fashionable at the euro's founding would imply.

In Spain, for example, money flowed into the private sector from private banks. Should such irrational exuberance force the government, willy-nilly, to curtail public investment? Does this mean that government must decide which capital flows - say into real-estate investment, for example - are bad, and so must be taxed or otherwise curbed? To me, this makes sense, but such policies should be anathema to the EU's free-market advocates.

The quest for a clear, simple answer recalls the discussions that have followed financial crises around the world. After each crisis, an explanation emerges, which the next crisis shows to be wrong, or at least inadequate. The 1980s Latin American crisis was caused by excessive borrowing; but that could not explain Mexico's 1994 crisis, so it was attributed to under-saving.

Then came East Asia, which had high savings rates, so the new explanation was "governance". But this, too, made little sense, given that the Scandinavian countries - which have the most transparent governance in the world - had suffered a crisis a few years earlier.

There is, interestingly, a common thread running through all of these cases, as well as the 2008 crisis: Financial sectors behaved badly and failed to assess creditworthiness and manage risk as they were supposed to do.

These problems will occur with or without the euro. But the euro has made it more difficult for governments to respond. And the problem is not just that the euro took away two key tools for adjustment - the interest rate and the exchange rate - and put nothing in their place, or that the European Central Bank's mandate is to focus on inflation, whereas today's challenges are unemployment, growth and financial stability. Without a common fiscal authority, the single market opened the way to tax competition - a race to the bottom to attract investment and boost output that could be freely sold throughout the EU.

Moreover, free labour mobility means that individuals can choose whether to pay their parents' debts: Young Irish can simply escape repaying the foolish bank-bailout obligations assumed by their government by leaving the country. Of course, migration is supposed to be good, as it reallocates labour to where its return is highest. But this kind of migration actually undermines productivity.

Migration is, of course, part of the adjustment mechanism that makes the United States work as a single market with a single currency. Even more important is the federal government's role in helping states that face, say, high unemployment, by allocating additional tax revenue to them - the so-called "transfer union" so loathed by many Germans.

But the US is also willing to accept the depopulation of entire states that cannot compete. (Some point out that this means that US corporations can buy senators from such states at

a lower price.) But are European countries with lagging productivity willing to accept depopulation? Alternatively, are they willing to face the pain of "internal" devaluation, a process that failed under the gold standard and is failing under the euro?

Even if those from Europe's northern countries are right in claiming that the euro would work if effective discipline could be imposed on others (I think they are wrong), they are deluding themselves with a morality play. It is fine to blame their southern compatriots for fiscal profligacy, or, in the case of Spain and Ireland, for letting free markets have free reign, without seeing where that would lead. But that doesn't address today's problem: Huge debts, whether a result of private or public miscalculations, must be managed within the euro framework.

Public-sector cutbacks today do not solve the problem of yesterday's profligacy; they simply push economies into deeper recessions. Europe's leaders know this. They know that growth is needed. But, rather than deal with today's problems and find a formula for growth, they prefer to deliver homilies about what some previous government should have done. This may be satisfying for the sermoniser, but it won't solve Europe's problems - and it won't save the euro.

*Joseph E. Stiglitz is University Professor at Columbia University, a Nobel laureate in economics, and the author of *Freefall: Free Markets and the Sinking of the Global Economy*.*

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern